

BEI DER FAHNE BLEIBEN!

**ROTE HILFE
DEUTSCHLAND
1972–1988**



Vorwort

ROT ROT ROT ROTER KALENDER ROTE BRIGADEN ROTER STERN
ROTE HILFE ROTE HILFE KOMITEE ROTE GRÜTZE ROTE HILFE E. V.
ROTE RÜBE ROTE HILFE SCHWARZKREUZ ROTE PRESSE KORRESPONDENZ
ROTE ARMEE FRAKTION ROTE FAHNE ROTES SPRACHROHR
ROTER HELFER ROTRAUD ROUTHIER ROTE ZELLE ANGLISTIK
ROTES FAHNENMEER ROTE HILFE-VERKÄUFER
ROTE ZELLEN ROTE ROBE ROTE ZELLE ÖKONOMIE
ROTER PUNKT-AKTION ROTE ILSE ROTE ZELLE JURA PROTOKOLL
ROTE ULRIKE ROTE HILFE DEUTSCHLAND SCHÜLERPROTEST ROTE-HILFE-LIED
ROTE RITZE ROTE SONNE ROTE GARDE ROTE HILFE AUFGEBAUT
ROTES VOLKSKINO ROTBÜCHER ROTE RAKETEN ROTE-HILFE-TAG

Solidarität, in rot gefärbt. Das war schon dem von der Arbeiterbewegung verfochtenen Prinzip eingeschrieben. Und sich dabei weder der altruistischen Selbstaufgabe noch dem autoritären Paternalismus zu unterwerfen, ist damals wie heute eine Sache von Glück und Befreiung. Dieser Idee fühlten sich in der Bundesrepublik in den 1970er-Jahren wenigstens drei Gruppen der Roten Hilfe verpflichtet. Entstanden als Reaktion auf die staatliche Repression gegen die außerparlamentarischen Proteste seit dem Ende der 1960er-Jahre, agierten sie im Zusammenhang mit einer breit gefächerten Solidaritätsbewegung der Fundamentalopposition.

Von einer dieser Roten Hilfen handelt dieses Buch, der Roten Hilfe Deutschland (RHD). Sie war bereits einmal in der Frühphase der Weimarer Republik auf Beschluss der KPD gegründet worden und wirkte bis in die ersten Jahre des Faschismus hinein in der Illegalität, und unter diesem Namen wurde sie, mit einer Vorlaufzeit seit dem September 1972, im Januar 1975 in Dortmund wieder aus der Taufe gehoben. Ende März 1975 wurde ihre Neugründung in einem traditionsreichen Lokal der Hamburger Arbeiterbewegung mit einer Demonstration und Saalveranstaltung begangen. Sie existierte dann elf Jahre unter diesem Namen, bis Ende April 1986 die sechste Bundesdelegiertenkonferenz im Internationalen Begegnungszentrum in Bielefeld entschied, dass die RHD „in Zukunft Rote Hilfe“ ohne „Deutschland“ heiße. Dazu gab es eine als „lang“ beschriebene Diskussion, die im Ergebnis damit endete, dass zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmten, das „Deutschland“ im Namen der Solidaritätsorganisation zu beseitigen.

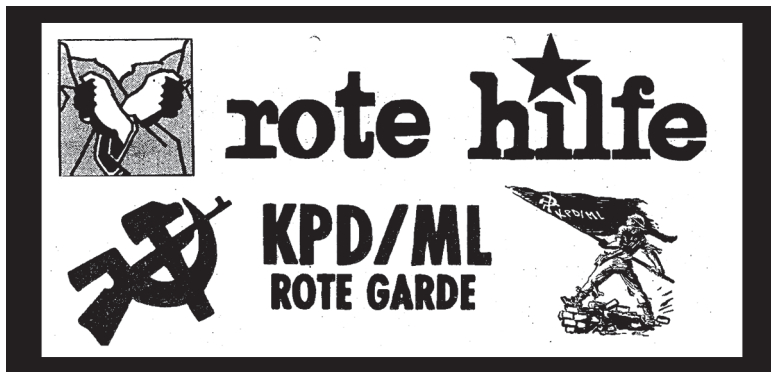
Während der Existenz der RHD ist in der Zeitgeschichte der alten Bundesrepublik einiges auf dem Terrain der „politischen Repression“ passiert. Das Engagement von Roter Hilfe war vielfältig herausgefordert: Die Betreuung von inhaftierten Genoss:innen in Folge von Straßenkämpfen, die fortgesetzten Auseinandersetzungen um die Interpretation des durch einen rabiaten Polizeieinsatz im Arbeitsgericht Duisburg zu Tode gebrachten Genossen Günter Routhier, die Ausschlüsse von politisch unliebsamen Mitgliedern aus den Gewerkschaften, die Auseinandersetzung um die Politik und Praxis der Roten Armee Fraktion (RAF), die Diskriminierung und Verfolgung von Arbeitsmigrant:innen, Berufsverbote, Arbeitskämpfe, Widerstand gegen die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß und gegen das Zusammenrotten von Nazis im öffentlichen Raum sowie gegen den Bau von Atomkraftwerken usw.

In diesen elf Jahren hatte die RHD eine lange Wegstrecke zurückzulegen: Ins Leben gerufen wurde sie als eine Suborganisation der maoistischen KPD/ML und zunächst als „revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse“ verstanden. In der Folge in Programm und Praxis in eine Art Sammelbüchse der Partei transformiert, ging der RHD spätestens Ende der 1970er-Jahre – umgangssprachlich formuliert – fast die Luft aus. In der Organisation wurden bereits Stimmen laut, die ihre Selbstauflösung anregten. Doch dann kamen der Roten Hilfe Deutschland Aktivist:innen einer neuen politischen Generation zu Hilfe und gemeinsam wagten sie den Sprung in eine Solidaritätsorganisation, die sich selbst – bis auf den heutigen Tag – als strömungsübergreifend versteht. Nichts ist für selbstverständlich zu nehmen. Davon handelt dieses Buch.

I. Linksradikale Fundamentalopposition in Westdeutschland nach 1968

„Mit Leib und Seele dem Volk dienen und sich auch nicht für einen Augenblick von den Massen lösen; sich in allem von den Interessen des Volkes und nicht von den Interessen der eigenen Person oder kleiner Gruppen leiten lassen; sich in gleicher Weise dem Volk wie der Parteileitung gegenüber verantwortlich fühlen; das ist unser Ausgangspunkt.“

Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung (24. April 1945)



Am 2. Juni 1967 wurde der Student Benno Ohnesorg mit einem kleinen Transparent mit der Aufschrift „Autonomie für die Teheraner Universität“ in Westberlin in der Nähe der Deutschen Staatsoper von einem Beamten der Politischen Polizei Westberlins gezielt in den Hinterkopf geschossen. In der Folge entstand in der Bundesrepublik eine nennenswerte außerinstitutionelle Bewegung gegen die herrschende Politik. Sie kann nach Johannes Agnoli mit dem Begriff „Fundamental-Opposition“ beschrieben werden. In Gestalt von Neo-

anarchist:innen, Maoist:innen und Sympathisant:innen sowie Aktivist:innen unterschiedlicher Weisen des bewaffneten Kampfes existierten kollektive Bestrebungen eines, so Agnoli, „Organisierten Neins“. Dies war mit der Intention verbunden, „die Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung“ zu sprengen, um so die alltäglichen Führungskonflikte unterschiedlicher Eliten „zu einem Herrschaftskonflikt auszuweiten“ (J. Agnoli 2004). In einer 1983 von Gerd Langguth aus der Staatsschutzperspektive vorgelegten Abhandlung über die Entwicklung der Protestbewegung nach '68 sind für die Dekade der 1970er-Jahre die aktivistische wie intellektuelle Präsenz von etwa 150 linksradikalen Gruppen verzeichnet (G. Langguth 1983). Diese sich nach 1969 entfaltende Fundamentalopposition unterlag aufgrund einer „innerstaatlichen Feinderklärung“ sehr schnell einem anhaltenden Kriminalisierungsdruck (Brückner/Krovoza 1972).

Von der Emanzipation zur Organisation: der Aufstieg des Maoismus in der BRD

Mit einem prononcierten Rückblick auf die Dekade der 1960er-Jahre in der BRD und Westberlin lässt sich sagen, dass sich die Rezeption des Maoismus wesentlich aus zwei Quellen speiste:

a) Die vom Verfassungsschutz verdeckt besorgte Verbreitung maoistischer Schriften in den frühen 1960er-Jahren an Mitglieder der illegalisierten KPD mit dem Ziel, die Spaltung im Weltkommunismus zwischen der KPdSU und der KPCh weiter zu vertiefen (M. Jacoby, Frei Haus, 2018).

b) Die enorme Verbreitung der sogenannten Mao-Bibel, die 1967 in der Bundesrepublik gleich in drei Verlagen erschien, und noch im gleichen Jahr über 100.000-mal verkauft wurde: „Neben der ikonisch gewordenen kleinformatischen, in rotes Vinyl eingeschlagenen Ausgabe der Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung vom chinesischen Verlag für fremdsprachige Literatur Peking veröffentlichte der S. Fischer Verlag im April 1967 eine vom Sinologen Tilmann Grimm koordinierte Übersetzung in der Taschenbuchreihe ‚Fischer Bücherei‘ mit dem Titel Das rote Buch. Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung. Unter dem Titel Das Mao Tse-tung Brevier. Der Katechismus der 700 Millionen erschien [...] im Marienburg Verlag (H. O. Holzner) Würzburg schließlich eine weitere Fassung in der Herausgabe von Fritz C. Steinhaus, der sie aus der englischen Ausgabe des Pekinger Verlags für fremdsprachige Literatur übertrug.“ (A. Jaspers u. a., Wegweiser und Waffe, 2018)

Fast hymnisch wusste der Rote Morgen, die Zeitung der Marxisten-Leninisten in Hamburg, im September 1967 vom „Verkaufserfolg: Mao Bücher“ zu berichten. Die Nachfrage nach den „Worten des Vorsitzenden Mao Tse-tung“ sei in der Hansestadt „überaus rege. Bisher wurden seit ihrem Erscheinen hier über 2.500 rote Büchlein verkauft“. Neben der Mao-Bibel scheint auch der Bedarf nach „Porträts des Parteivorsitzenden“ in ungeahnte Höhen gestiegen zu sein: In der Volksrepublik China mussten 840 Millionen davon gedruckt werden: „Sie gehen in alle Welt und hängen in den Berghöhlen südamerikanischer Partisanen, den Hütten afrikanischer Revolutionäre, in Unterkünften der Slums amerikanischer Großstädte und in den Stuben westeuropäischer Arbeiter und Studenten.“ (RM v. Sept/Okt. 1967) Folgt man Detlef Siegfried unter Hinweis auf die „Demoskopie im Juli 1967“, so sollen „nicht weniger als 22 % der gesamten Studentenschaft [...] Mao Tse-tung und die Errungenschaften der chinesischen Kulturrevolution [bewundert haben]. Zwei Jahre später, als Rote Zellen und Garden allerorten aufschossen, nahm Mao unter den Idolen der 19-Jährigen den ersten Platz ein – weit vor Udo Jürgens, John F. Kennedy, Albert Schweitzer, John Lennon und sonstigen traditionellen wie modernen Leitfiguren“ (D. Siegfried 2006). Kurz: Am Beginn einer sich radikalisierenden westdeutschen Studentenbewegung lag eine maoistische Grundstimmung in der Luft.

So sollte dann auch ein wesentlicher Teil der aus der Studentenbewegung vitalisierten Jugendbewegung für die Jahre 1969 bis 1973 maoistische Theorie- und Organisationskonzepte übernehmen. In dieser Zeit betraten überall in der Bundesrepublik Tausende von maoistischen Zirkeln, Bündeln, Gruppen und Parteien das Terrain der politischen Auseinandersetzung.

Es handelte sich hierbei nicht allein um ein nationales Phänomen: Der Nach-68er-Linksradikalismus in Frankreich und Italien wendete sich direkt gegen die Politik einer verbürgerlichten Kommunistischen Partei (C. Jacobs, Mehr als eine Projektion, 2020). Überhaupt entsprach der von der KPdSU – nach mindestens 20 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Sowjetunion – global eingeschlagene Weg der friedlichen Koexistenz mit dem US-Imperialismus nicht den militanten Bedürfnissen der Revolteur:innen. Die Sowjetunion wurde als konservative, gegenüber den revolutionären Bewegungen der „Dritten Welt“ defensiv ausgerichtete Kraft wahrgenommen. Zudem hatte sie das Experiment einer fundamentalen Erneuerung des Sozialismus in Form des Prager Frühlings durch eine militärische Besatzung abgebrochen. Demgegenüber schlug der Maoismus spätes-

tens nach dem Bruch von Mao Tse-tung mit der Sowjetunion 1959 eine erheblich aggressivere Tonart an. Daneben war offenkundig, dass Mitglieder der KPCh im Unterschied zur SED und KPdSU in Westeuropa in einem operativen Sinne auch nicht die geringste Rolle spielten. Auch dies waren gute Voraussetzungen für Menschen aus der Jugendrevolte, sich frei von operativen Rücksichtnahmen am chinesischen Modell – oder dem, was man dafür hielt –, gegen alle Tendenzen naiv verträumter friedliebender Betulichkeit zu orientieren. Wer gerade nicht für stets langfristig angelegte, mühselig durchzuführende Reformen, sondern für eine zeitnah durchzuführende Revolution der herrschenden Verhältnisse im Westen optierte, musste sich nach der Tendenz für den Maoismus entscheiden. Für die Bundesrepublik wurde der Sog zum Maoismus auch noch durch die Welle der gewerkschaftlich nicht konzessionierten Septemberstreiks 1969 in der Stahlindustrie, dem Bergbau, der Metallverarbeitung und dem Schiffsbau begünstigt. In Gestalt von mindestens 140.000 Facharbeiter:innen in mehr als 70 Betrieben meldete sich ein alter Maulwurf zurück, der zuvor mit den Theorien Herbert Marcuses zumindest in den westlichen Industriestaaten schon für tot gehalten worden war: Die Arbeiterklasse.

Aus der Sicht der KPD/ML brach mit dieser Streikbewegung nur ein weiterer, „auch in der kleinbürgerlichen APO“ verbreiteter „bürgerlicher Mythos“ zusammen, und zwar jener, dass „die westdeutsche Arbeiterklasse angeblich völlig ‚integriert‘“ sei“. Und dieser Gedanke wurde in prägnanter ML-Verkürzung auch direkt personalisiert: „Man kann sagen, daß die streikenden Kumpels Marcuse, Habermas usw. ideologisch getötet haben.“ Für die Partei stelle es sich als „die absolute Notwendigkeit [dar], alles, aber auch alles zu tun, damit in absehbarer Zeit in allen wichtigen Fabriken Marxisten-Leninisten jene Rolle des Organisations-Embryos erfüllen können, die augenblicklich – mangels Alternative – noch die DKP spielt“ (RM v. Sept. 1969).

Zudem wurde offenkundig, dass die von den Universitäten seit 1967 ausgehende Unruhe auch mit einem Unbehagen von Teilen der Arbeiter:innenjugend und der Auszubildenden zusammenging. Für den zerfallenden SDS und eine neue politisierte Student:innengeneration ging von diesen Streiks eine enorme Ausstrahlung aus. Sie bildete den Hintergrund für die sogenannte proletarische Wende der Außerparlamentarischen Opposition. Die gerade wieder durch den SDS und die Student:innen auf den Straßen zum Leben erweckte radikale Linke beanspruchte, die durch Faschismus, Weltkrieg und Nachkriegsrestauration abgerissene Verbindung zur historischen Arbeiter-



bewegung wiederaufzunehmen. Dieser komplexe Prozess sollte nach den Worten des RH-Aktivisten Martin Schmidt „mit der Wiederentdeckung von Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung“ und der „Anknüpfung ... der Westberliner Linken an die Geschichte der KPD der Weimarer Zeit und damit auch an die Rote Hilfe Deutschland“ verbunden werden (M. Schmidt, 1972).

Nach dem Abebben der Student:innenrevolte stellte der Maoismus für die Jahre 1969–1977 im außerinstitutionellen linksradikalen Bewegungsspektrum in Westdeutschland die stärkste politische Orientierungs- und Organisationsform dar. An die Stelle von Selbstorganisation und Aufklärung traten nach 1968 nun Disziplin und Schulung; es wurde zur Ordnung gerufen. Spätestens ab dem Jahr 1974 tauchte der Begriff der „K-Gruppen“ auf (FAZ v. 7.1.1974; Die Zeit Nr. 5 v. 25.1.74), der sich umgangssprachlich verbreitete. Der Verfassungsschutz zog erst im Jahresbericht 1976 nach.

Die K-Gruppen gewannen „ihre politische Identität im Rahmen des chinesischen Bezugssystems“ (M. Steffen, 2002). Von hier aus grenzten sich diese Gruppen in einem formalen Sinne in dreierlei Hinsicht ab:

1. Gegen die antiautoritäre Bewegung, der sie zumeist entstammten und die ihnen ideologisch den Weg gewiesen hatte (Internationalismus, Avantgardekonzption, maoistische Affinität);
2. Gegen den ‚modernen Revisionismus‘, wie es im Vokabular der chinesischen KP hieß, d. h. gegen das Lager des Staatssozialismus sowjetischen Typs und die mit ihm verbundenen Parteien im Westen, insbesondere gegen die 1968 ‚neu konstituierte‘ Deutsche Kommunistische Partei (DKP);
3. In teilweise scharfer Konkurrenz zu den anderen K-Gruppen.

Dabei verkündete die Theorie und Praxis dieser Gruppen in den 1970er-Jahren prinzipiell die permanente Rebellion, und machte unter Verweis auf die – in der Neuen Linken beliebten – Mao-Parolen wie „Primat der Praxis“, „Sieg im Volkskrieg“ und auf die Zurechtweisung, dass die Revolution „kein Bildermalen oder Deckchensticken“ sei, klar, dass der Maoismus zur Tat drängte und militante Politik in der Perspektive eines Volkskriegs prinzipiell nicht ausschloss. Kurz: Der Maoismus vereinte spätestens seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre mit den Worten der Maoismusforscherin Lovell „eine wirkungsvolle Mischung aus Parteidisziplin, antikolonialem Aufstand und ‚fortwährender Revolution‘, eingebettet in die säkulare Religion des sowjetischen Marxismus“ (J. Lovell, 2023).

„Wer sind unsere Freunde, wer sind unsere Feinde?“, hieß die maoistische Devise, in der die UdSSR im Zuge einer ‚antirevisionistischen‘ Politik zusehends als neuer Hauptfeind definiert wurde und in deren Zusammenhang sich in Agitation und Propaganda maoistischer Gruppen ein volkstümlicher Anti-Sowjetismus entfaltete. Unter der Parole „Die Macht kommt aus den Gewehrläufen“ lehnten die Maoist:innen die sowjetische These vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, die Chruschtschow und nach ihm Breschnew vertrat, vehement ab. Ohne Gewalt und die Kritik der Waffen keine Revolution – dies war eine entscheidende Position. Da die Herrschenden ihre Macht nicht freiwillig abtreten würden, galt es, sich in geeigneter Art und Weise auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten; wann jener allerdings genau aufgenommen werden sollte, war umstritten. Vor diesem Hintergrund war das Verhältnis der maoistischen Gruppen zur Roten Armee Fraktion (RAF), die wenigstens in den Jahren zwischen 1972 – 1974, d. h. in einer bestimmten Phase ihrer Existenz, die Aufnahme des bewaffneten Kampfes ausgiebig mit Mao-Sentenzen legitimierte, sowohl von großer Nähe als auch – gleichzeitig – scharfer Kritik geprägt. Insbesondere seitens der KPD/ML wurde einerseits ausdrücklich begrüßt, dass von der RAF im Frühsommer des Jahres 1972 mit einer Bombenkampagne, der sogenannten Mai-Offensive, die Frage der revolutionären Gewalt aufgeworfen wurde. Auf der anderen Seite bestand zur RAF auch ein Konkurrenzverhältnis unter Marxisten-Leninisten, kurz: Der Organisationsansatz der Stadtguerilla wurde als Angriff auf das Partei-Konzept verstanden. Vor dem Horizont der geltend gemachten Massengewalt einer kommunistischen Arbeiterbewegung unter der Führung der Partei unterlag die aus dem Geiste der antiautoritären Studentenbewegung hervorgegangene exemplarische Gewalt der Stadtguerilla immer wieder der Kritik (J. Benicke 2008).

Das Volk wurde – ungeachtet der von Passant:innen mannigfach gegen Student:innen ausgestoßenen Vergasungswünsche – in den Jahren 1966–1969 offen als eine revolutionäre Größe entdeckt. Eine von Mao übernommene Widerspruchstheorie reduzierte komplexe analytische Anstrengungen auf die schlichte Unterscheidung zwischen ‚Volk‘ und ‚Feind‘. Mao Tse-tung hatte dazu Ende Februar 1957 in einer Rede „über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“ ausgeführt, dass auf der einen Seite „die Widersprüche zwischen uns und dem Feind [...] antagonistische Widersprüche“ seien, während, „was die Widersprüche im Volk betrifft [...], jene unter den Werktätigen“ seien. Eben diese seien als „nicht antagonistisch“ zu verstehen. Für Mao waren, „allgemein gesagt [...], die Widersprüche im Volk Widersprüche auf dem Boden der grundlegenden Einheit der Interessen des Volkes“, während „die Widersprüche zwischen uns und dem Feind sowie die Widersprüche im Volk ihrem Wesen nach verschieden sind“. Und weil dies so sei, gab sich Mao überzeugt, „müssen sie auch mit verschiedenen Methoden gelöst werden“ (Mao Tse-tung 1978). Dabei kaschierte die bereits im Chinesischen verdreht-höfliche Formulierung „dem Volke dienen“ sowohl die tatsächliche Unterwerfung, die in den sektenartigen Organisationen den einfachen Mitgliedern abverlangt wurde, als auch die von den Partei-Kadern gern angestrebte Erziehungsfunktion über das Volk (G. Hanloser u. a. 2011).

In einer frühen Kritik der Gruppe Revolutionärer Kampf, die sich ihrerseits positiv auf Mao und die Kulturrevolution bezog, wurde gegen die „ML-Genossen“ der Vorwurf einer als „mechanistisch“ bezeichneten „Übertragung der Mao-Tse-tung-Ideen“ erhoben, die im Ergebnis zu Dogmatismus und Schematismus führe: „Blind für die Vorkehrungen und Verdinglichungen des proletarischen Bewusstseins durch den Kapitalismus, entwickeln viele ML-Genossen einen pseudo-maoistischen Populismus. Sie setzen bestehendes Arbeiterbewußtsein in eins mit dem Klassenbewußtsein oder projizieren ihre Meinungen in das Proletariat, fügen dem noch das Postulat der Anpassung der Intellektuellen an die Arbeiter hinzu.“ (Revolutionärer Kampf [Arbeitspapiere], 1. Untersuchung, Westberlin 1971)

Auch dies ist ein wichtiger Hinweis auf die konkreten Umstände der maoistischen Sache im Westdeutschland der 1970er-Jahre. Auf einen anderen sehr wichtigen Aspekt machte der Aktivist des SDS und kurze Zeit später als einer der Gründer der KPD [AO] aktive Christian Semler in einem mit verschmitztem Unterton vorgetragenen Rückblick auf die Dekade aufmerksam: „Bei uns gab es auch später, in



unseren maoistischen Organisationen, Hunderte von Ärzten, Rechtsanwälten, Angehörigen der akademischen Berufe, die alle unter der Prämisse ‚dem Volke dienen‘, so hieß das damals, sagten: Schluß mit den bürgerlichen Privilegien, wir wollen unsere Fähigkeiten in den Dienst der Ausgebeuteten und Unterdrückten stellen; und das war in gewisser Weise der Hauptgrund. Deswegen sind die Leute überhaupt Maoisten geworden. [...] Natürlich gab es auch ein paar tausend Arbeiter in den maoistischen Organisationen, aber das ist gewissermaßen fast unerheblich. Das war eine Jugendbewegung, aber der eigentliche Kern ist die große Abfallbewegung von der Bourgeoisie gewesen, unter diesem Gesichtspunkt.“ (Andreas Schmidt 2003)

Die Gründung der KPD/ML durch Ernst Aust

Die vielfältig schillernde linksradikale Revolte in der BRD und Westberlin entfaltete sich in den Jahren 1967 – 1969 auf einem politischen Terrain, auf dem das KPD-Verbot von 1956 galt. Nach den Worten von Hans-Gerhart Schmierer, seines Zeichens einer der wesentlichen Protagonist:innen des im Frühjahr 1973 aus der Taufe gehobenen Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), sei das „K“ dieser Organisationen wesentlich dadurch zustande gekommen, dass sich „die verbotene KPD [...] 1968 unter dem verschämten Namen DKP relegalisiert“ hatte. Wäre das anders gewesen, dann wäre das „K“ durch „die Tradition besetzt gewesen und hätte nicht dazu getaugt, die verschiedenen westdeutschen maoistischen Gruppen ein- und auszugrenzen“ (H.J. Schmierer 1998).

Auch Willy Brandt hatte sich Ende Januar 1971 einmal zur Frage des „K“ geäußert. In einem Interview mit der Fernseh-Regionalsendung des Norddeutschen Rundfunks hob er hervor, dass sich in der Bundesrepublik die Kommunist:innen „mit der Umstellung der Buchsta-

ben wieder an Wahlen beteiligen dürften, es heiße nur DKP statt KPD; er sehe da keinen großen Unterschied“ (Nordschau-Magazin v. 27.1.1971).

Zeitlich parallel zu den im Jahre 1968 durchgeführten vielfältigen Anstrengungen deutscher Kommunist:innen in der Bundesrepublik, wieder eine Legalisierung zu erreichen, entfaltete sich, auch durch das Engagement von Ernst Aust aus Hamburg, die Option auf die Gründung einer neuen Kommunistischen Partei mit Orientierung an der VR China. Für die politisch Interessierten in der Bundesrepublik besaß Aust zu diesem Zeitpunkt eine Subprominenz. Geboren 1923 in Hamburg-Eimsbüttel, trat er nach britischer Kriegsgefangenschaft 1951 der KPD bei und wurde Redakteur bei der Hamburger Volkszeitung, der Zeitung der KPD. 1953 beauftragte die KPD ihn, das „Nachrichtenblatt für die Küstenbevölkerung Dat Blinkfüer“ [Das Leuchtfeuer] als Herausgeber zu übernehmen, das aus der Bewegung zur Befreiung Helgolands entstanden war.

„Charakteristisch für die Diktion der Zeitung waren kurze, pointierte Artikel, die sich mit aktuellen politischen Fragen wie dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander beschäftigten, dabei aber gezielt die politische Aktualität als Vorwand nutzten, um grundsätzlichere Themen – Wiedervereinigung, Entspannungspolitik, Atomwaffenverzicht, Kritik an dem in der Bundesrepublik vorherrschenden ‚Antikommunismus‘ – ins Spiel zu bringen und dabei aggressiv, polemisch und polarisierend gegen die Bundesregierung und ihre Politik zu mobilisieren“ (L. Darabeygi 2010).

Im Unterschied zu anderen von der KPD beeinflussten Zeitungen hatte Dat Blinkfüer Erfolg; Mitte der 1960er-Jahre lag die Auflage bei 20.000 Exemplaren. Aust amtierte dort bis zum Ende des Jahres 1966 als Herausgeber. Im Mai 1963 nahm Aust am Parteitag der illegalisierten KPD teil, welcher im Harz (DDR) stattfand. Kurz darauf wurde er im Oktober 1963 vor dem Landgericht in Hamburg unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen das KPD-Verbot, der Staatsgefährdung und der Verleumdung angeklagt. Dagegen richtete sich eine umfangreiche Pressekampagne aus der DDR, die ausführlich zu dem Prozess gegen Aust Stellung nahm. Im Deutschen Fernsehfunk [DDR] wurde Mitte Oktober 1963 sogar von einer „Internationalen Kundgebung“ in der sozialistischen Mustergemeinde Mestlin im Bezirk Schwerin zu dem Prozess gegen Blinkfüer berichtet. Die Reportage zeigt dabei den Ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED-Schwerin und Mitglied des ZK der SED Bernhard Quandt, der in einer Rede vor Hunderten von Genossenschaftsbäuer:innen ausführte,



**Sonder-
beilage**

**zur Leipziger Herbstmesse
und Internationalen Buchmesse 1966**



dass es „zu den wesentlichen Unterdrückungsmaßnahmen des Bonner Regimes gehört, neben der psychologischen Attackierung der Bevölkerung mit Revanchismus und Antikommunismus politische Terrorprozesse zu inszenieren. Wer in den Chor der von Bonn gelenkten Meinungsbildung nicht einfällt, soll durch den politischen Kreuzzug, und wenn nicht anders, durch das politische Strafverfahren mundtot gemacht werden“ (Aktuelle Kamera, Prozess „Blinkfuer“ v. 9.10.1963).

Anfang Januar 1964 wird Aust zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Dieses Urteil hielt in der Revision stand, und die ab August 1965 anstehende Strafvollstreckung war von öffentlichen Protesten begleitet. Mitte Oktober 1965 berichtete das Neue Deutschland davon, dass Austs Strafantritt „erneut aufgeschoben worden [sei], nachdem beim Hamburger Senat mehrere Gnadengesuche und Proteste namhafter Persönlichkeiten eingegangen sind“ (ND v. 16.10.1965). Ein paar Tage später meldete der Blinkfuer auf der Titelseite: „BLINKFÜER-Chefredakteur Ernst Aust braucht nicht ins Gefängnis!“ Vom Hamburger Senat sei beschlossen worden, die Strafe „mit dreijähriger Bewährungsfrist auszusetzen“. Von der Zeitung wurde dieser Entscheid als ein „Beitrag zur Erhaltung der Pressefreiheit“ gewürdigt, mit dem der Senat zu erkennen gäbe, dass „ihm die Prinzipien unserer Verfassung höher stehen als Paragraphen, die im Zuge des Kalten Krieges zustande kamen“ (Blinkfuer v. 23.10.1965). Aust erinnerte sich in einer seiner in den 1970er-Jahren verbreiteten biografischen Mitteilungen diesbezüglich dahingehend: „Bis dahin war es üblich gewesen, dass sich die Genossen zum Strafantritt im Gefängnis meldeten. Ernst sagt, bin ich denn noch zu retten, auch noch Fahrgeld nach Fuhlsbüttel auszugeben! Er schrieb im ‚Blinkfuer‘, wenn sie etwas von ihm wollten, dann sollten sie ihn gefälligst holen.